

## Auswertung MDRfragt:

### Lohnlücke Ost/ West – untragbar oder unvermeidbar?

Befragungszeitraum: 11. bis 14. August 2023

22.262 Teilnehmerinnen und Teilnehmer,

## Die Ergebnisse in der Übersicht:

### I Sicht auf Lohnentwicklung und politische Maßnahmen

- [Große Unzufriedenheit mit Angleichung der Ost-Löhne ans West-Niveau](#)
- [Befragte machen vor allem Politik für gewachsene Ost-West-Lohnlücke verantwortlich](#)
- [Vor allem Politik und Gewerkschaften sollen mehr für Tarifbindung \(im Osten\) tun](#)
- [Drei Fünftel der Befragten für weitere Anhebung des Mindestlohns](#)
- [Zwei Drittel dafür, dass staatliche Aufträge nur an tariflich zahlende Unternehmen gehen](#)
- [Knapp jeder Dritte hofft auf positive Lohnentwicklung durch Ansiedlung Zukunftsbranchen](#)

### 1 II Blick auf die eigene Arbeit

- [Gute Bezahlung und gutes Arbeitsklima sind wichtigste Kriterien für guten Job](#)
- [Gesplante Haltung zur Frage Zeit oder Geld](#)
- [Gut die Hälfte fühlt sich fair entlohnt](#)
- [Auch für Nicht-Berufstätige sind Arbeitsklima und Bezahlung im Job am wichtigsten](#)

### III Blick in ausgewählte Untergruppen

- **Beschäftigte, die finden, dass sie fair bezahlt werden**, sind mit der Ost-West-Angleichung der Löhne zufriedener als jene, die sich nicht gerecht entlohnt fühlen. Diejenigen, mit dem Gefühl, fair entlohnt zu werden sind auch seltener für eine weitere Anhebung des gesetzlichen Mindestlohns, hoffen häufiger auf ein steigendes Lohnniveau durch die Ansiedlung von Zukunftsbranchen in Mitteldeutschland.
- **Je jünger die Befragten** sind, desto wichtiger sind ihnen die Themen Work-Life-Balance, Mitbestimmung und Mitgestaltung im Job sowie inhaltliche Herausforderungen.
- Bei den **weiblichen Befragten** rangieren flexible Arbeitszeiten und Work-Life-Balance auf der Wichtigkeits-Skala deutlich höher als bei den männlichen Befragten.
- **Männer** finden die staatliche Auftragsvergabe unter der Maßgabe tariflicher Bezahlung deutlich häufiger sinnvoll (74 Prozent) als Frauen (59 Prozent).

## Die Ergebnisse im Detail:

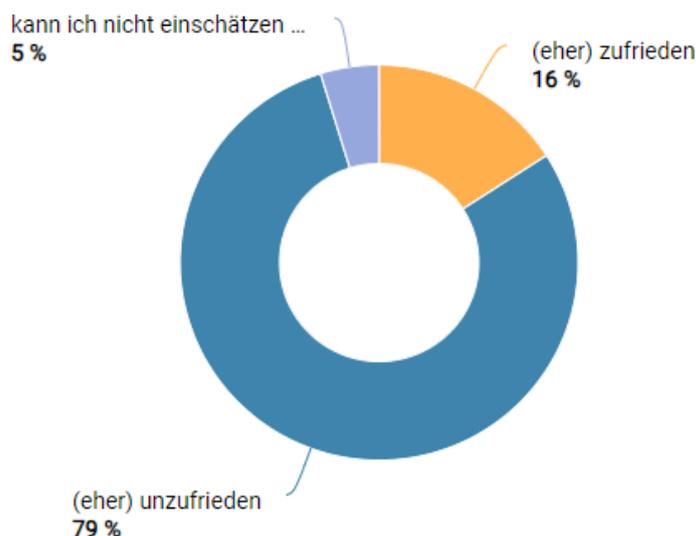
### I Sicht auf Lohnentwicklung und politische Maßnahmen

#### Große Unzufriedenheit mit Angleichung der Ost-Löhne ans West-Niveau

Mehr als drei Jahrzehnte ist die Deutsche Einheit her, doch weiterhin gibt es ein Lohngefälle zwischen den Ländern der alten Bundesrepublik und jenen im Osten Deutschlands.

- Knapp vier Fünftel der Befragten ist mit der Angleichung des Ost-West-Lohnniveaus eher oder sehr unzufrieden.
- Nur knapp jeder Sechste zeigt sich tendenziell zufrieden.
- Unter den Frauen ist der Anteil der eher Unzufriedenen (82 Prozent) etwas höher als unter den Männern (76 Prozent).
- Wer sich selbst eher fair entlohnt findet, ist mit der Angleichung der Ost-Löhne ans West-Niveau deutlich zufriedener (ja oder eher ja: 29 Prozent) als jene, die sich nicht fair entlohnt fühlen (6 Prozent).

Frage: Knapp 33 Jahre sind seit der Wiedervereinigung vergangen. Wie zufrieden sind Sie persönlich mit der Angleichung von Löhnen und Gehältern zwischen Ost und West?<sup>1</sup>



- Im Mai 2022 hatten wir schon einmal nach der Zufriedenheit mit der Angleichung von Löhnen und Gehältern gefragt. Damals gaben ebenfalls vier Fünftel (80 Prozent) der Befragten an, eher unzufrieden mit der Angleichung zu sein, 17 Prozent zeigten sich tendenziell zufrieden.<sup>2</sup>

<sup>1</sup> Genaue Verteilung: Zufrieden: 4%, eher zufrieden: 12%, eher unzufrieden: 29%, unzufrieden: 50%, kann ich nicht einschätzen/ keine Angabe: 5%.

<sup>2</sup> Befragungszeitraum: 20.-23.05.2022, Befragte = 24.804, genaue Fragestellung: Wie zufrieden sind Sie persönlich mit der Angleichung der Verhältnisse zwischen Ost und West in folgenden Bereichen? – Löhne und Gehälter

## Lohnunterschiede zwischen Ost und West gestiegen

Nach Berechnungen des Statistischen Bundesamtes sind die Lohnunterschiede zwischen Ost und West im vergangenen Jahr wieder größer geworden. Den Wiesbadener Statistikern zufolge lag der Durchschnittslohn eines Vollzeitbeschäftigten im Osten im Jahr 2022 im Schnitt bei 45.070 Euro und damit rund 13.000 Euro unter dem westdeutschen Schnitt. Kein ostdeutsches Bundesland konnte demnach das Niveau eines westdeutschen Bundeslandes erreichen.

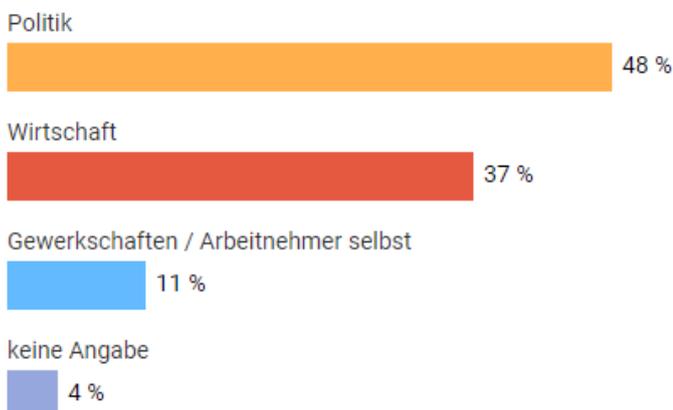
Im Vorjahr hatte der Unterschied knapp 12.000 Euro betragen. Dass die Lohnlücke gewachsen ist, liegt den Zahlen des Bundesamtes zufolge vor allem an Sonderzahlungen, von denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in den Ländern der alten Bundesrepublik stärker profitierten.

## Befragte machen vor allem Politik für gewachsene Lohnlücke verantwortlich

- Die Befragten machen vor allem die Politik dafür verantwortlich, dass die Lohnlücke zwischen Ost und West gewachsen statt geschrumpft ist.
- Fast jeder Zweite (48 Prozent) sieht vor allem eine politische Verantwortung für die Entwicklung, gut jeder Dritte sieht in der Wirtschaft (37 Prozent) den Haupttreiber.
- Etwa jeder Zehnte (11 Prozent) meint: Gewerkschaften sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer seien hauptsächlich dafür verantwortlich, dass sich die Lohnlücke vergrößert hat.
- Beschäftigte, die sich eher fair entlohnt sehen, halten eher die Wirtschaft für hauptverantwortlich, wer sich eher nicht fair entlohnt findet die Politik<sup>3</sup>.

3

Frage: Zuletzt ist die Lohnlücke zwischen Ost und West wieder gestiegen. Wen sehen Sie dafür in der Hauptverantwortung?



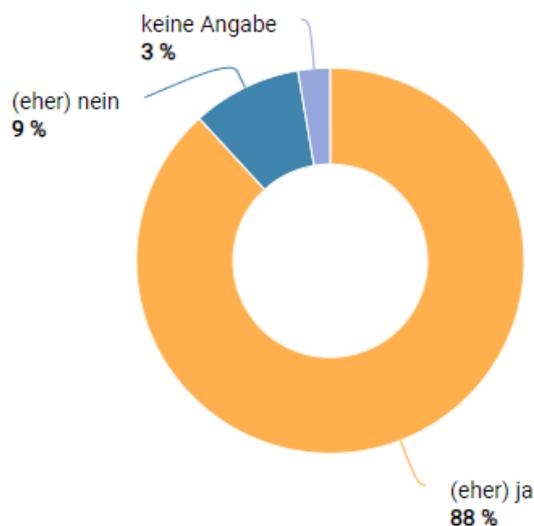
<sup>3</sup> Genaue Verteilung nach Fair-Entlohnt-Gefühl: (eher) ja: Politik: 39%, Wirtschaft: 43%, Gewerkschaften/Arbeitnehmer selbst: 13%, keine Angabe: 5%; (eher) nein: Politik: 55%, Wirtschaft 33%, Gewerkschaften/ Arbeitnehmer selbst: 9%; keine Angabe: 3%.

## Forderung, dass Politik mehr für Ost-West-Lohnangleichung tut

Zu dem Ergebnis, dass die Befragten vor allem die Politik dafür verantwortlich machen, passt, dass fast alle Befragten meinen, die Politik müsse mehr dafür tun, dass sich die Lohnlücke zwischen Ost und West verkleinert:

- 88 Prozent tendieren dazu, dass es mehr politische Anstrengungen in Sachen Ost-West-Angleichung bei Löhnen und Gehältern geben muss.
- 9 Prozent sehen das eher nicht so.

*Frage: Muss die Politik Ihrer Meinung nach mehr tun, um die Angleichung von Löhnen und Gehältern zwischen Ost und West weiter voranzutreiben?<sup>4</sup>*



<sup>4</sup> Genaue Verteilung: ja: 71%, eher ja: 18%, eher nein: 6%, nein: 3%, keine Angabe: 3%.

## Befragte wünschen sich mehr Anstrengungen von Politik und Gewerkschaften für höhere Tarifbindung

Welche Anstrengungen könnten dazu beitragen, dass sich die Löhne in Ost und West angleichen? Ein Hebel ist aus Sicht von Ökonomen ist die Tarifbindung. Ein Teil der Lohnlücke lasse sich dadurch erklären, dass im Westen Deutschlands deutlich mehr Beschäftigte von Tarifverträgen profitieren.

- Die Befragten wünschen sich vor allem politische Anstrengungen, damit mehr Arbeitgeber im Osten Tariflöhne zahlen. Mehr als vier Fünftel (83 Prozent) sprechen sich tendenziell dafür aus.
- Zwei Drittel (65 Prozent) sehen die Gewerkschaften in der Pflicht, Beschäftigte mit verstärkten Anstrengungen von den Vorteilen einer Mitgliedschaft zu überzeugen.
- Obwohl ein Großteil findet, die Politik sollte auf mehr Tarifbindung im Osten hinwirken, meint gleichzeitig jeder Zweite: Tarifverträge sind Sache von Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften und die Politik sollte sich nicht einmischen.
- Je älter die Befragten sind, desto eher sind sie gegen politische Einmischung in Tarifverträge.<sup>5</sup>
- Jeder Dritte (36 Prozent) hält Tarifverträge angesichts des Arbeitskräftemangels nicht mehr für so entscheidend, da Betriebe gezwungen sind, höhere Löhne zu zahlen.

Frage: Tarifverträge werden in Deutschland zwischen den Tarifpartnern – also Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften – ausgehandelt. In Deutschland sinkt der Anteil der Beschäftigten, die von einem solchen Tarifvertrag profitieren. Laut Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung profitieren Beschäftigte in den Ländern der alten Bundesrepublik (52 Prozent) häufiger als jene im Osten Deutschlands (45 Prozent). Expertinnen und Experten führen das unter anderem darauf zurück, dass die Gewerkschaften im Osten weniger Mitglieder – und damit weniger Durchsetzungsstärke haben. Es gibt verschiedene Überlegungen, um die Tarifbindung zu erhöhen. Wie stehen Sie zu folgenden Aussagen?<sup>6</sup>

5

● stimme (eher) zu ● stimme (eher) nicht zu ● weiß nicht/ keine Angabe

Die Gewerkschaften müssen mehr Anstrengungen unternehmen, um Beschäftigte von den Vorteilen einer Mitgliedschaft...



Tarifverträge sind angesichts des Arbeitskräftemangels nicht mehr so wichtig, da die Betriebe höhere Löhne zahlen mü...



Tarifverträge sind Sache von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Die Politik sollte sich nicht einmischen.



Es sollte auch politische Anstrengungen geben, damit mehr Arbeitgeber im Osten Tariflöhne zahlen.



<sup>5</sup> Verteilung Stimme (eher) zu: Unter 30: 32%, 30-49 Jahre: 40%, 50-64 Jahre: 44%, Über 65: 48%

<sup>6</sup> Genaue Verteilung: a) mehr Anstrengungen der Gewerkschaften: stimme zu: 37%, stimme eher zu: 28%, stimme eher nicht zu: 13%, stimme nicht zu: 12%, keine Angabe: 10%; b) Tarifverträge verlieren an Bedeutung wegen Arbeitskräftemangels: stimme zu: 14%, stimme eher zu: 21%, stimme eher nicht zu: 29%, stimme nicht zu: 29%, weiß nicht/ keine Angabe: 6%; c) Politik soll sich in Tarifverträge nicht einmischen: stimme zu: 21%, stimme eher zu: 21%, stimme eher nicht zu: 25%, stimme nicht zu: 25%, weiß nicht/ keine Angabe: 7%; d) politische Anstrengungen Ost-West-Lohnangleichung: stimme zu: 60%, stimme eher zu: 23%, stimme eher nicht zu: 6%, stimme nicht zu: 6%, weiß nicht/ keine Angabe: 5%.

## Ost-Beschäftigte profitieren stärker von steigenden Mindestlöhnen

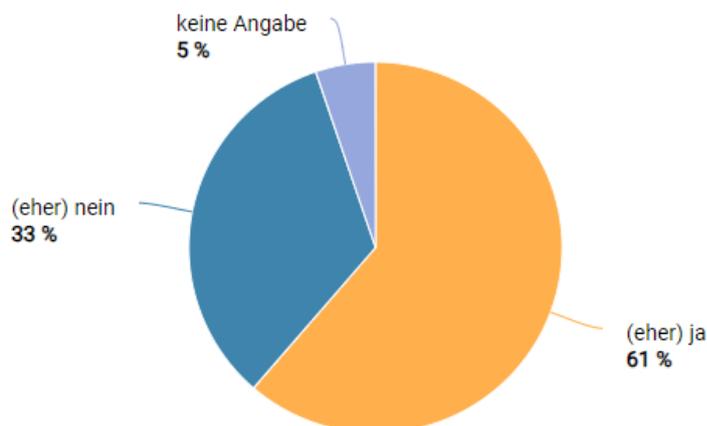
Mitte August 2023 sprach sich auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) für gleiche Löhne in Ost und West aus. Er verwies unter anderem darauf, dass die Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro gerade ostdeutschen Beschäftigten sehr geholfen habe.

Auch andere Politikerinnen und Politiker hatten zuletzt gefordert, den gesetzlichen Mindestlohn weiter anzuheben, nicht zuletzt wegen der anhaltend hohen Preissteigerungen. Derzeit ist vorgesehen, dass der gesetzliche Mindestlohn im Jahr 2024 um 41 Cent steigt und im Jahr 2025 auf dann 12,82 Euro.

## Drei Fünftel der Befragten für weitere Anhebung des Mindestlohns

- Bei der jüngsten MDRfragt-Befragung sprachen sich rund drei Fünftel (61 Prozent) der Befragten eher dafür aus, den gesetzlichen Mindestlohn weiter anzuheben.
- Ein Drittel (33 Prozent) ist eher dagegen.
- In Sachsen-Anhalt sind die Befürworter eines höheren Mindestlohnes (66 Prozent) stärker vertreten als in Thüringen (61 Prozent) und Sachsen (59 Prozent).
- Beschäftigte, die sich eher nicht fair entlohnt fühlen, befürworten häufiger einen höheren Mindestlohn (67 Prozent) als jene, die ihre Entlohnung fair finden (51 Prozent).

Frage: Sollte der gesetzliche Mindestlohn Ihrer Meinung nach weiter angehoben werden? (Vgl. 2422)<sup>7</sup>



## Mehr Zuspruch für Mindestlohn-Erhöhung als vor einem Jahr

- Damit ist der Anteil derjenigen, die eine weitere Anhebung tendenziell befürworten, binnen eines Jahres gestiegen:
- Im Juni 2022 hatten sich rund zwei Fünftel der Befragten für einen höheren Mindestlohn von mehr als 12 Euro ausgesprochen, 46 Prozent waren eher dagegen.<sup>8</sup>

<sup>7</sup> Genaue Verteilung: Ja: 38%, eher ja: 23%, eher nein: 17%, nein: 16%, keine Angabe: 5%.

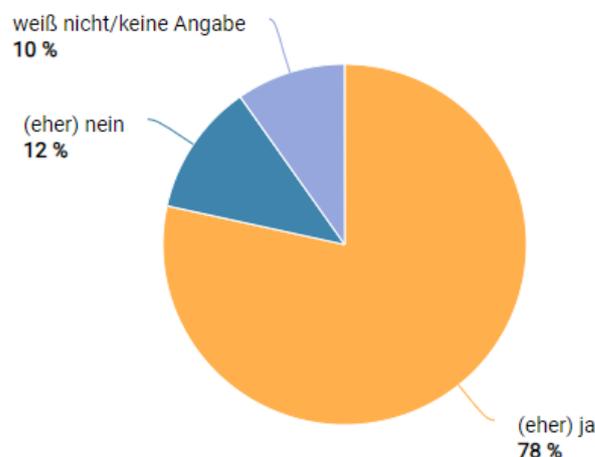
<sup>8</sup> Befragungszeitraum: 17.-20.06.2022, Befragte: 29.772, genaue Fragestellung: Zum 1. Oktober wird der Mindestlohn von aktuell 9,82 Euro auf 12 Euro angehoben. Sollte der Mindestlohn Ihrer Ansicht nach noch stärker angehoben werden?

## Große Sympathie für häufigere Anwendung des Branchen-Mindestlohns

Neben dem Mindestlohn als allgemeiner gesetzlicher Lohnuntergrenze gibt es zudem den sogenannten Branchen-Mindestlohn. Auf Antrag der beiden Tarifparteien (Arbeitgeberverband und Gewerkschaft) kann das Bundesarbeitsministerium einen eigentlich nur für tarifgebundene Unternehmen einer Branche abgeschlossenen Tarifvertrag als allgemeinverbindlich erklären. Dadurch gibt es eine spezielle Lohnuntergrenze für die jeweilige Branche, an die sich alle Arbeitgeber halten müssen, auch jene, die nicht unter einen klassischen Tarifvertrag fallen. Solche Regelungen gelten unter anderem bereits für Beschäftigte in der Zeitarbeit, Dachdecker und Beschäftigte des Elektrohandwerks oder in der Pflege.

- Mehr als drei Viertel der Befragten sind tendenziell dafür, dass dieses Instrument stärker angewendet und auf weitere Branchen ausgeweitet wird, um das Lohnniveau zu erhöhen.
- Rund jeder Achte (12 Prozent) hält das eher nicht für sinnvoll.
- Je älter die Befragten sind, desto eher wird die Ausweitung des Branchen-Mindestlohns auf weitere Branchen für tendenziell sinnvoll erachtet.<sup>9</sup>
- In Sachsen-Anhalt gibt es mehr Zuspruch zur stärkeren Anwendung von Branchen-Mindestlöhnen (72 Prozent) als in Sachsen (64 Prozent). Thüringen liegt dazwischen (68 Prozent).

7 *Frage: In Deutschland gibt es die Möglichkeit, dass das Bundesarbeitsministerium einen Tarifvertrag zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebern allgemeinverbindlich erklärt, wenn beide Partner das beantragen. Das hat zur Folge, dass es eine verbindliche Lohn-Untergrenze gibt, an die sich dann alle Betriebe der Branche halten müssen, auch die ohne Tarifbindung. Solche Regelungen gelten unter anderem für das Elektrohandwerk, die Pflege oder die Leiharbeit – sie schreiben derzeit höhere Lohn-Untergrenzen fest, als sie durch den gesetzlichen Mindestlohn vorgeschrieben sind. Sollte das Instrument der verbindlichen Lohn-Untergrenzen auf mehr Branchen ausgeweitet werden, um so das Lohnniveau zu erhöhen?<sup>10</sup>*



<sup>9</sup> Verteilung (eher) sinnvoll: Unter 30: 43%, 30-49 Jahre: 67%, 50-64 Jahre: 73%, Über 65: 72%

<sup>10</sup> Genaue Verteilung: ja: 51%, eher ja: 27%, eher nein: 7%, nein: 5%, weiß nicht/ keine Angabe: 10%

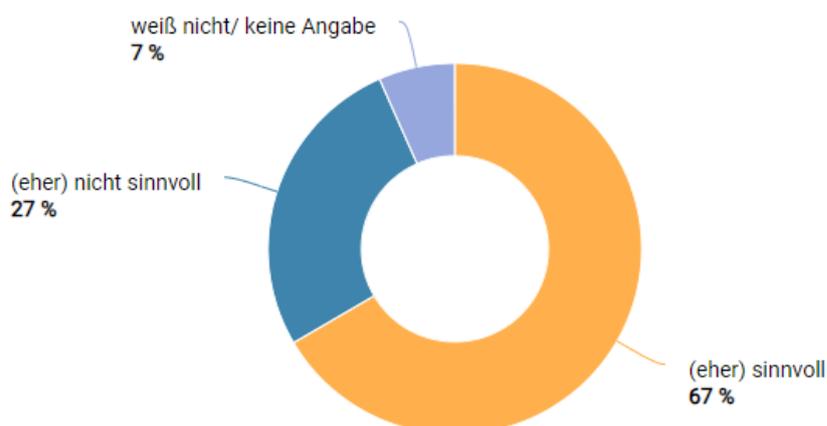
## Zwei Drittel dafür, dass staatliche Aufträge nur an tariflich zahlende Unternehmen gehen

Der Staat hat einen weiteren Hebel, um Tarifbindung zu honorieren: Er kann Aufträge, die er selbst vergibt, nur an Betriebe vergeben, die einem Tarifvertrag unterliegen – oder sich bei der Bezahlung an vergleichbare tarifliche Regelungen halten.

Die Bundesregierung plant ein Gesetz, dass die Bundesverwaltung an entsprechende Vorgaben bindet. In vielen Bundesländern gibt es entsprechende Regelungen bereits.

- Zwei Drittel (67 Prozent) der Befragten halten es für sinnvoll bis eher sinnvoll, wenn staatliche Aufträge nur an Betriebe gehen, die nach Tarif zahlen oder sich daran orientieren.
- Ein Viertel (27 Prozent) sieht das eher nicht so.
- Männer finden die staatliche Auftragsvergabe unter der Maßgabe tariflicher Bezahlung deutlich häufiger sinnvoll (74 Prozent) als Frauen (59 Prozent).

*Frage: Wirtschaftswissenschaftler bringen immer mal wieder die Idee ins Spiel, der Staat könnte bei der Vergabe von Aufträgen darauf achten, ob die Betriebe tarifgebunden sind – oder auf vergleichbarem Niveau bezahlen. Die Bundesregierung plant ein entsprechendes Gesetz, dass dieses Vorgehen für Aufträge der Bundesverwaltung vorschreibt. In einigen Bundesländern sind solche Regeln schon in Kraft. Was halten Sie davon, wenn staatliche Aufträge nur noch an Unternehmen gehen, die einen Tarifvertrag haben – oder ihre Bezahlung daran orientieren?<sup>11</sup>*



<sup>11</sup> Genaue Verteilung: sinnvoll: 43%, eher sinnvoll: 23%, eher nicht sinnvoll: 15%, nicht sinnvoll: 12%, weiß nicht/ keine Angabe: 7%

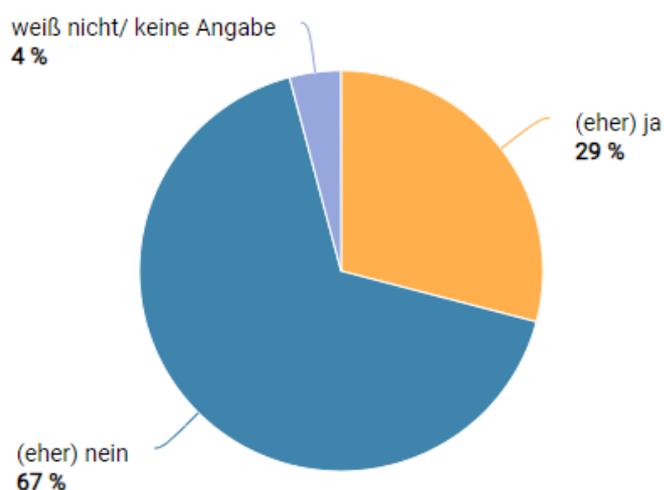
## Knapp jeder Dritte hofft auf positive Lohnentwicklung durch Ansiedlung Zukunftsbranchen

In den vergangenen Monaten entschieden mehrere Chip-Riesen in Mitteldeutschland zu investieren und ihre bestehenden Werke auszubauen (zum Beispiel Infineon in Dresden) oder neue Fertigungs-Werke zu schaffen (Intel in Magdeburg und zuletzt TSMC in Dresden). Die Investitionen werden von Bund und EU (voraussichtlich) mit Milliardensummen unterstützt. Neben mehr Unabhängigkeit in einer Schlüsseltechnologie erhofft sich die Politik auch neue Arbeitsplätze für Höher- und Hochqualifizierte bei den Konzernen selbst sowie im wirtschaftlichen Umfeld.

Wir wollten von der MDRfragt-Gemeinschaft wissen, inwiefern sie die Hoffnung haben, dass die Stärkung von Zukunftsindustrien letztlich das Lohnniveau positiv beeinflusst:

- Knapp jeder Dritte setzt eher Hoffnungen darauf, dass die Ansiedlungen zukunftsträgiger Unternehmen das Lohnniveau in Mitteldeutschland steigen lassen.
- Zwei Drittel glauben eher nicht an diesen Effekt.
- Jede vierte Frau (25 Prozent) hofft auf ein steigendes Lohnniveau dank zukunftsträgiger Branchen-Ansiedlungen, bei den Männern ist es jeder Dritte (33 Prozent).
- Beschäftigte, die sich selbst eher als fair entlohnt fühlen, sind deutlich hoffnungsfroher, dass die Ansiedlungen das Lohnniveau heben als jene, die sich eher nicht fair entlohnt fühlen.<sup>12</sup>

9 Frage: Haben Sie Hoffnung, dass durch die gezielte Ansiedlung und Unterstützung zukunftsträgiger Unternehmen und Branchen (z.B. die Chip-Industrie mit neuen Werken von Intel, Infineon und TSMC) das Lohnniveau in Mitteldeutschland steigt?<sup>13</sup>



<sup>12</sup> Genaue Verteilung: eher fair entlohnt: ja oder eher ja: 39%, nein oder eher nein: 58%, keine Angabe: 4%; eher nicht fair entlohnt: ja oder eher ja: 20%, nein oder eher nein: 76%, keine Angabe: 4%.

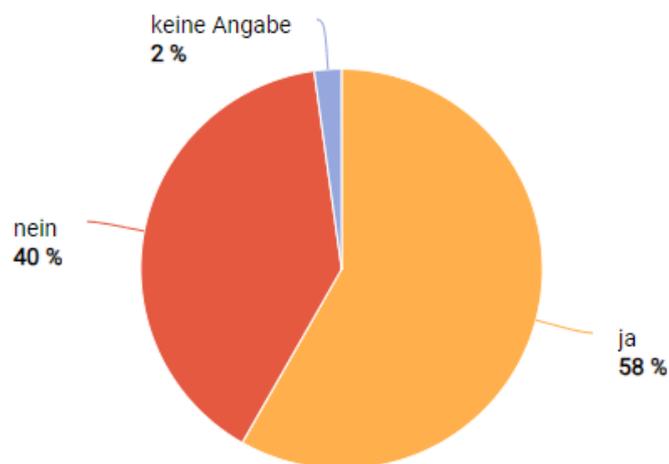
<sup>13</sup> Genaue Verteilung: ja: 6%, eher ja: 23%, eher nein: 44%, nein: 23%, weiß nicht/ keine Angabe: 4%.

## II Blick auf die eigene Arbeit

Neben dem allgemeinen Blick auf die Lohnentwicklung und arbeitsmarktpolitische Ideen wollten wir auch wissen, worauf die MDRfragt-Gemeinschaft mit Blick auf die eigene Arbeit achtet.

Zunächst zur Einordnung: Knapp drei Fünftel der Befragten gaben an, derzeit berufstätig zu sein. Nur an diesen Teil der Teilnehmerinnen und Teilnehmer gingen die folgenden Fragen.

Frage: Sind Sie aktuell berufstätig?



## Gute Bezahlung und gutes Arbeitsklima sind wichtigste Kriterien für guten Job

Flexiblere Arbeitszeiten, Vier-Tage-Woche, Homeoffice, Duz-Kultur, mehr Work-Life-Balance und Co: Es wird seit einiger Zeit viel darüber diskutiert, wie sich die Arbeitswelt weiterentwickeln könnte – und ob den jungen Arbeitskräften andere Dinge wichtig sind als älteren Generationen.

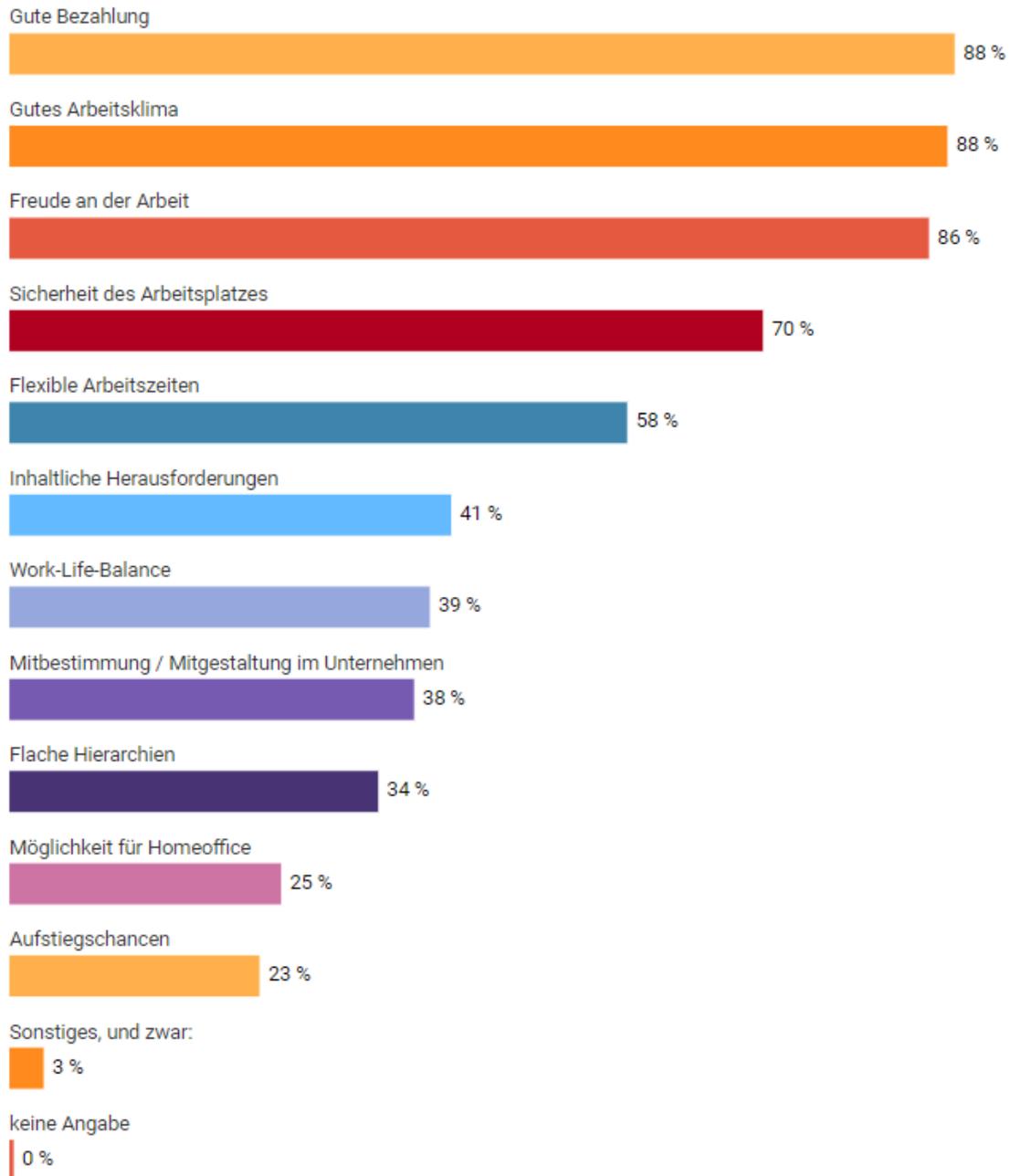
- **Allgemein** ist den Befragten, die derzeit einer Beschäftigung nachgehen, gute Bezahlung (88 Prozent), gutes Arbeitsklima (88 Prozent) und Freude an der Arbeit (86 Prozent) am wichtigsten.  
- Flexible Arbeitszeiten (58 Prozent) sind deutlich mehr Befragten wichtig als die Möglichkeit, im Homeoffice zu arbeiten (25 Prozent).
- Während die Top 3 in allen **Altersgruppen** gleich sind, gibt es für andere Bereiche Unterschiede zwischen den Altersgruppen:  
Je jünger die Befragten sind, desto wichtiger sind ihnen die Themen Work-Life-Balance, Mitbestimmung und Mitgestaltung im Job sowie inhaltliche Herausforderungen.<sup>14</sup>
- Auch für **Frauen und Männer** stehen gleichermaßen gute Bezahlung, gutes Arbeitsklima und Freude an der Arbeit auf den ersten drei Plätzen.  
- ABER: Bei den weiblichen Befragten rangieren flexible Arbeitszeiten und Work-Life-Balance auf der Wichtigkeits-Skala deutlich höher als bei den männlichen Befragten.<sup>15</sup>  
- Männern sind Mitbestimmung im Unternehmen und flache Hierarchien etwas wichtiger.<sup>16</sup>

<sup>14</sup> Verteilung Work-Life-Balance: Unter 30: 34%, 30-49: 28%, 50-64 19%, Über 65: 13%; Verteilung Mitbestimmung: Unter 30: 38%, 30-49: 34%, 50-64: 34%, Über 65: 23%; Verteilung inhaltliche Herausforderung: Unter 30: 48%, 30-49: 42%, 50-64: 38%, Über 65: 36%.

<sup>15</sup> Verteilung nach Geschlecht: flexible Arbeitszeiten: Frauen: 61%, Männer: 54%; Work-Life-Balance: Frauen: 44%, Männer: 34%.

<sup>16</sup> Verteilung nach Geschlecht: Mitbestimmung im Unternehmen: Frauen: 36%, Männer: 40%; flache Hierarchien: Frauen: 32%, Männer: 37%

Frage: Welche Dinge sind Ihnen besonders wichtig, wenn es um Ihre Arbeit geht? Sie können alles auswählen, was auf Sie zutrifft<sup>17</sup>.



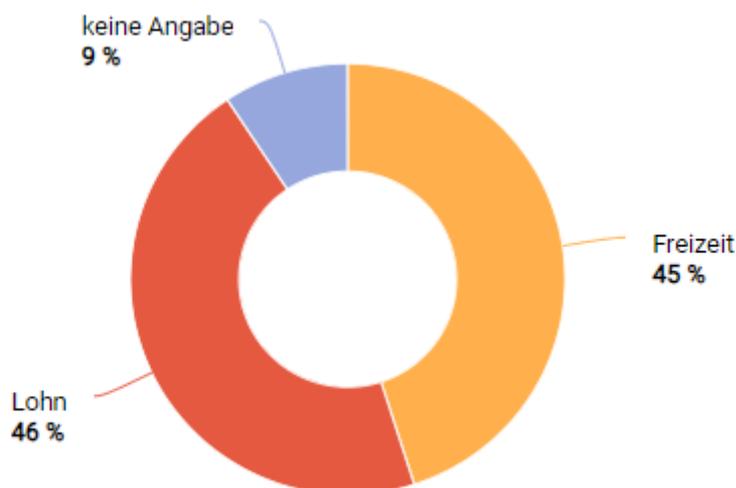
<sup>17</sup> Filter: nur diejenigen, die angegeben haben, derzeit berufstätig zu sein.

## Gespaltene Haltung zur Frage Zeit oder Geld

Wenn sich die MDRfragt-Mitglieder entscheiden müssten oder könnten, ob sie lieber viel Freizeit oder einen hohen Lohn haben könnten, fällt das Bild sehr gemischt aus.

- Bei der Frage Zeit oder Geld entscheiden sich die Befragten, die derzeit einer Beschäftigung nachgehen, fast gleich stark für hohen Lohn (46 Prozent) wie für viel Freizeit (45 Prozent).
- Fast jeder Zehnte (9 Prozent) positioniert sich gar nicht.
- Es zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Altersgruppen: Während bei den Unter-30-Jährigen zwei Drittel die Präferenz auf viel Freizeit legen, liegen viel Freizeit oder hoher Lohn bei den 30- bis 49-Jährigen gleichauf und bei den Über-50-Jährigen würden sich die Befragten mehrheitlich für hohen Lohn entscheiden.<sup>18</sup>
- Beschäftigte, die ihre eigene Entlohnung als fair einschätzen, entscheiden der Frage Zeit oder Geld häufiger für mehr Freizeit (50 Prozent) als für hohen Lohn (40 Prozent). Wer sich eher nicht für fair bezahlt hält, tendiert zu hohem Lohn (51 Prozent) statt viel Freizeit (40 Prozent).

Frage: Und wenn Sie sich entscheiden könnten oder müssten, was wäre für Sie wichtiger: viel Freizeit oder hoher Lohn?<sup>19</sup>



<sup>18</sup> Verteilung nach Altersgruppen: Unter 30: viel Freizeit: 62%, hoher Lohn: 33%, keine Angabe: 5%; 30-49 Jahre: viel Freizeit: 46%, hoher Lohn: 45%, keine Angabe: 9%; 50-64 Jahre: viel Freizeit: 39%, hoher Lohn: 50%, keine Angabe: 11%; Über 65: viel Freizeit: 17%, hoher Lohn: 70%, keine Angabe: 13%.

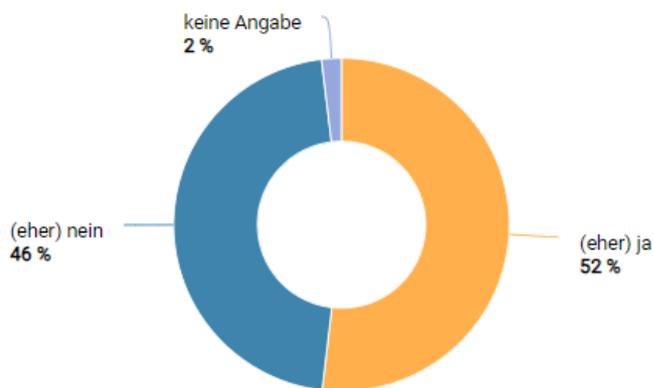
<sup>19</sup> Filter: nur jene, die angegeben haben, derzeit berufstätig zu sein

## Gut die Hälfte fühlt sich fair entlohnt

Zur Erinnerung: Rund vier Fünftel der Befragten sind mit der Angleichung der Löhne in Ost und West im Allgemeinen unzufrieden. Wenn man auf die persönliche Situation derjenigen Befragungsteilnehmerinnen und –Teilnehmer blickt, die derzeit berufstätig sind, ergibt sich ein etwas anderes Bild:

- Mehr als jeder Zweite (52 Prozent) unter den Befragten, die derzeit berufstätig sind, fühlt sich tendenziell fair entlohnt.
- Ein etwas kleinerer Anteil (46 Prozent) sieht das eher nicht so.
- Unter den männlichen Befragten ist der Anteil derjenigen, die sich eher fair entlohnt fühlen, etwas höher (55 Prozent) als bei den Frauen (49 Prozent).

Frage: Und fühlen Sie sich persönlich in Ihrem Job fair entlohnt?<sup>20</sup>



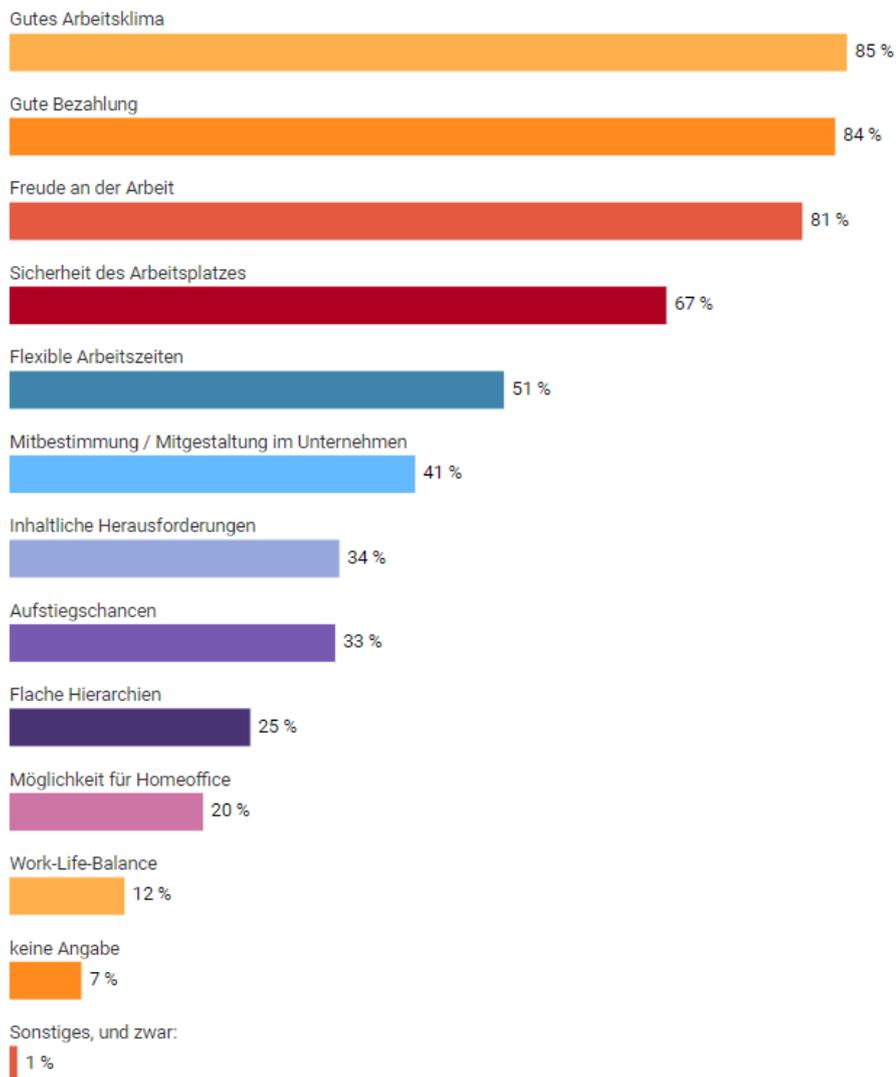
<sup>20</sup> Filter: nur Berufstätigte; Genaue Verteilung: ja: 18%, eher ja: 34%, eher nein: 24%, nein: 22%, keine Angabe: 2%.

## Auch für Nicht-Berufstätige sind Arbeitsklima und Bezahlung im Job am wichtigsten

Auch diejenigen, die derzeit (noch) keinen Job haben oder bereits im Ruhestand sind, setzen bei der Frage, worauf es im Job ankommt, ähnliche Prioritäten wie die Berufstätigen.

- Gutes Arbeitsklima (85 Prozent), gute Bezahlung (84 Prozent) und Freude an der Arbeit (81 Prozent) sind den Nicht-(mehr-)Berufstätigen am Wichtigsten. Das sind die gleichen Top 3 wie bei den Beschäftigten.

Frage: Welche Dinge waren oder wären Ihnen besonders wichtig, wenn es um Ihre Arbeit geht? Sie können alles auswählen, was auf Sie zutrifft.<sup>21</sup>



<sup>21</sup> Filter: nur jene, die angegeben haben, derzeit nicht berufstätig zu sein

## Hinweise zur Auswertung

Die Befragung vom DATUM stand unter der Überschrift:

### **Lohnlücke Ost/ West – untragbar oder unvermeidbar?**

Insgesamt sind bei MDRfragt 65.583 Menschen aus Mitteldeutschland angemeldet (Stand 14.08.2023, 12:00).

22.262 Menschen aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen haben online an dieser Befragung teilgenommen.

#### Verteilung nach Altersgruppen:

16 bis 29 Jahre:	208 Teilnehmende
30 bis 49 Jahre:	3.016 Teilnehmende
50 bis 64 Jahre:	9.586 Teilnehmende
65+:	9.452 Teilnehmende

#### Verteilung nach Bundesländern:

Sachsen:	11.226 (50,4 Prozent)
Sachsen-Anhalt:	5.487 (24,6 Prozent)
Thüringen:	5.549 (25 Prozent)

#### Verteilung nach Geschlecht:

Weiblich:	9.629 (43,3 Prozent)
Männlich:	12.574 (56,5 Prozent)
Divers:	59 (0,3 Prozent)

Die Ergebnisse der Befragung sind nicht repräsentativ. Wir haben sie allerdings in Zusammenarbeit mit dem wissenschaftlichen Beirat nach den statistischen Merkmalen Bildung, Geschlecht und Alter gewichtet. Das heißt, dass wir die Daten der an der Befragung beteiligten MDRfragt-Mitglieder mit den Daten der mitteldeutschen Bevölkerung abgeglichen haben.

Aufgrund von Rundungen kann es vorkommen, dass die Prozentwerte bei einzelnen Fragen zusammengerechnet nicht exakt 100 ergeben.